NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT, UMWELT, VERKEHR UND LANDWIRTSCHAFT

Sitzungsdatum: Montag, 27.05.2019
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:06 Uhr
Ort: Landratsamt Wunsiedel, Großer Sitzungssaal - E.06
Vorsitzender: Landrat Dr. Karl Döhler
Niederschriftführerin: Daniela Hirsche

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dr. Karl Döhler

Ausschussmitglieder

Kreisrat Peter Berek
Kreisrat Roland Biersack
Kreisrat Harald Fischer
Kreisrat Holger Gießhammer
Kreisrat Klaus Haussel anwesend ab 14:12 (TOP 1)
Kreisrat Wilfried Kukla
Kreisrat Willi Neupert
Kreisrat Jörg Nürnberger
Kreisrat Reinhold Rott
Kreisrat Dr. Klaus von Stetten
Kreisrat Oliver Weigel

Stellvertreter

Kreisrat Jürgen Hoffmann Vertretung für Herrn Albrecht Schläger

Schriftführerin

Daniela Hirsche

Verwaltung

Thomas Edelmann
Stefan Pommerenke
Michael Unglaub
Jessica Zeh anwesend bei TOP 1-3

Weitere Anwesende

Herr Rainer Schütz bei TOP 1
Energievision Franken bei TOP 1
Herr Ralf Deuerling bei TOP 1
Energievision Franken bei TOP 1
Herr Dieter Hörwarth bei TOP 1
Vorsitzender Sportbeirat TOP 1- 8

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Albrecht Schläger

Vertretung durch Jürgen Hoffmann

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Vorstellung Elektromobilitätskonzept
(Beschl. Nr. 20)
- 2 Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge
(Beschl. Nr. 21)
- 3 Fairtraderegion-Fichtelgebirge - Sachstand
(Beschl. Nr. 22)
- 4 Bewerbungsverfahren "Modellprojekt Smart City"
(Beschl. Nr. 23)
- 5 Sachstand Zweckverband "Naherholungs- und Tourismusgebiet Großer Kornberg"
(Beschl. Nr. 24)

Landrat Dr. Karl Döhler eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Beschluss Nr. 20/öffentlich

Vorstellung Elektromobilitätskonzept

Berichtersteller: Zeh, Jessica; Schütz, Rainer (Energievision Franken)

Sachverhalt:

2017 wurde die Firma Energievision Franken GmbH mit dem Elektromobilitätskonzept beauftragt. Dieses ist im Januar 2019 fertiggestellt worden. Erarbeitet wurden Handlungsmaßnahmen für eine Elektromobilitätsstrategie. Ebenso wurden zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge Vorschläge für eine flächendeckende Infrastruktur erarbeitet, so dass möglichst pro Gemeinde mindestens eine Ladesäule etabliert werden soll.

Das Konzept wird anhand einer Präsentation, deren Ausdruck zum Bestandteil der Niederschrift erklärt wird, von Herrn Rainer Schütz von der Energievision Franken GmbH vorgestellt. Herr Rainer Schütz erläutert ausführlich die im Konzept enthaltenen Vorschläge für eine flächendeckende Lösung hinsichtlich der Ladeinfrastruktur im Landkreis und geht auf die darin enthaltenen Maßnahme-Empfehlungen ein.

Rainer Schütz erläutert, dass in dem Konzept ein Katalog mit Einzelmaßnahmen enthalten sei, der als Handlungsleitfaden dienen solle. Es seien auch bereits Überlegungen angestellt worden, wie beispielsweise, welches die ersten Schritte sein könnten oder ob es Fördermöglichkeiten für die einzelnen Bereiche gebe. Der Maßnahmenkatalog sei in vier Hauptkategorien unterteilt, mit der Fragestellung, was die Verwaltung, das Management und die Bauleitplanung tun könne, um das Thema zu forcieren, was die Elektrifizierung für den kommunalen Fuhrpark bedeute oder aber hinsichtlich der Ladeinfrastruktur sowie der Information und Kommunikation. Dies sei alles mit unterschiedlichen Zeithorizonten für eine mögliche Umsetzung aufgelistet worden. Rainer Schütz betont, dass es sich um ein komplexes System handle, deshalb reiche es auch nicht aus, Ladesäulen in die Fläche zu bringen, das Thema müsse breiter bedient und verschiedene Ansatzpunkte verfolgt werden. Solche Ansatzpunkte, von der Bürgerinformation, dem Einbeziehen von Unternehmen über den Ausbau der Infrastruktur und der eigenen E-Fahrzeugflotte bis hin zur Einbeziehung von E-Bike-Stationen seien in der Liste enthalten. Landrat Dr. Karl Döhler weist darauf hin, dass diejenigen, die sich mit Mobilität beschäftigten, davon ausgingen, dass man in Zukunft im Hinblick auf die E-Mobilität zweigleisig fahren werde, einmal mit Batterie, aber auch mit Brennstoffzellen. Man müsse sich deshalb in beide Richtungen aufstellen, um damit der Mobilität hinsichtlich kürzerer und längerer Strecken Rechnung zu tragen.

Jessica Zeh teilt mit, dass das Elektromobilitätskonzept an alle Mitglieder des Kreisausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft per E-Mail vorab übermittelt worden sei und dieses in gedruckter Form noch an alle Bürgermeister übergeben werde. Sie erklärt außerdem, dass jetzt noch geprüft werden müsse, welche Handlungsempfehlungen aus dem Konzept wirklich weiterverfolgt werden sollten.

KRätin Brigitte Artmann fragt nach, ob an den Ladesäulen Ökostrom angeboten werde.

Jessica Zeh betont, dass es ein zwingendes Kriterium für öffentliche Ladesäulen sei, dass diese mit Strom aus erneuerbaren Energien gespeist würden.

Auf Nachfrage von KR Wolfgang Kreil beziffert Jessica Zeh die Zahl der im Landkreis zugelassenen E-Autos auf 90 im Jahr 2018 und auf aktuell rund 210. Man spüre den Anstieg bei den Zulassungen von E-Autos deutlich.

Thomas Edelmann fasst zusammen, dass das E-Mobilitätskonzept neben dem Thema Ladeinfrastruktur auch noch viele weitere Maßnahmen, die dazu dienen könnten, die E-Mobilität voranzubringen, beinhaltet. Das Konzept solle als Grundlage für die Ausarbeitung, welche Maßnahmen im Landkreis wirklich umgesetzt werden könnten, dienen. Es werde nun aus Sicht der Verwaltung hierzu eine Prioritätenliste erstellt, die dann dem Gremium vorgestellt und zur Beschlussfassung, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden sollten, vorgelegt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Das Elektromobilitätskonzept der Firma Energievision Franken GmbH vom Januar 2019 wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Umsetzung in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht zu erstellen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig beschlossen Ja 10 Nein 0

Beschluss Nr. 21/öffentlich

Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

Berichterstatter: Zeh, Jessica

Sachverhalt:

Im Januar 2019 wurde in einer Bürgermeisterbesprechung die Handlungsmaßnahme „C1 Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur – Primäres Netz“ aus dem Elektromobilitätskonzept im Vorfeld der Fertigstellung vorgestellt. Darin wurden Vorschläge für Standorte der öffentlichen Ladesäulen zum Ausbau einer Infrastruktur gemacht.

Die Bürgermeister haben beschlossen, dass es eine flächendeckende Ladesäuleninfrastruktur im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge geben soll. Es soll möglichst ein einheitliches System für den Kunden von E-Ladesäulen im ganzen Landkreisgebiet geben, um die Attraktivität und Akzeptanz zu gewährleisten. Der Landkreis wurde um entsprechende Umsetzung gebeten.

Bei der Errichtung der Ladesäulen ist ein wichtiger Baustein das Betreibermodell. Dieses entscheidet den Preis und den Komfort für die Abrechnung des Kunden beim Ladevorgang. Dementsprechend wurde von der Verwaltung eine Vorselektierung verschiedener Betreibermodelle vorgenommen.

Die Europäische Metropolregion Nürnberg EMN hat sich in Ihrem Klimapakt darauf verständigt, ein einheitliches Betreibermodell in der Region zu forcieren. Dieses ist der Ladeverbund+, der von der solid GmbH betrieben wird und das ein Zusammenschluss vieler Stadtwerke im Raum der EMN bildet. Die Energieversorger gKU Oberes Egertal, die Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH und die SWW Wunsiedel GmbH sind in diesen Verbund beigetreten.

Bei der Veranstaltung präsentierten die solid GmbH und Bayernwerk AG mit E.On Drive ihr jeweiliges Modell. Beim Bayernwerk gibt es ein Abrechnungssystem mit einem Pauschalpreis für den Kunden pro Ladevorgang. Der Eigentümer ist die Gemeinde. Bei der solid GmbH zahlt der Kunde pro Zeittaktung des Ladevorganges nach kWh und das Eigentumsverhältnis liegt bei den Stadtwerken im Ladeverbund+.

Aufgrund eines Förderprogrammes für die Ladesäuleninfrastruktur das nur bis zum 21.02.2019 geöffnet war, wurden Vorgespräche mit den Energieversorgern gKU Oberes Egertal, Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH, SWW Wunsiedel GmbH und der Bayernwerk AG geführt. Der Eigentümer der zukünftigen Ladesäule muss den Antrag stellen. Dieser wird ebenso mit allen Rechten und Pflichten nach der Ladesäulenverordnung (LSV) betraut.

Daraufhin wurde von den Bürgermeistern die Diskussion angeregt, dass die Kommunen aufgrund des komplexen Umfangs nicht in der Lage sind, die Betriebs- und Eigentumsrechte zu übernehmen.

Dementsprechend gab es eine klare Priorisierung der Bürgermeister für das Betreibermodell, das die Kommunen davon entbindet, Eigentümer der Ladesäulen zu werden.

Als Ergebnis konnte eine Kooperation zwischen Kommunen, Landkreis und den Energieversorgern des Ladeverbundes gebildet werden. Der Landkreis übernimmt dabei die anfallenden Betriebskosten pro Ladesäule und Kommune in Höhe von maximal 9.218,49 € Netto und 10.970,00 € Brutto.

Es wurden 14 Ladesäulen über Förderanträge in Höhe von 257.770,76 € (Brutto) gestellt, die noch nicht entschieden sind. Eine Ladesäule hat im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge durchschnittlich berechnete Investitionskosten von 15.472,43 € Netto und 18.412,20 € Brutto. Es wird ein Zuschuss von 40% auf die Nettokosten erwartet (85.864,81 €). Den Restbetrag in Höhe von 171.905,95 € tragen die Energieversorger. Der Landkreis übernimmt die Betriebskosten über den gesamten Zeitraum von 6 Jahren in Höhe von 153.580 € (Brutto).

	Anzahl umzusetzender Ladesäulen in St.	Betriebskostengewährung (Netto)	Betriebskostengewährung (Brutto)
gKU Oberes Egertal	2	18.400 €	21.940 €
SWW Wunsiedel GmbH	7	64.400 €	76.790 €
Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH	5	46.000 €	54.850 €
Gesamtmittel des Landkreis Wunsiedel i. FG	14	128.800 €	153.580 €

Der Landkreis stellt die Mittel in Höhe von 153.580 € in den Haushalt ein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft empfiehlt dem Kreis Ausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Ausschuss beschließt als wichtige Maßnahme des Klimaschutzes die Beteiligung des Landkreises am Betrieb der Ladesäuleninfrastruktur im Primärnetz. Er unterstützt in Kooperation mit den jeweiligen Gemeinden die Beauftragung der Energieversorger gKU Oberes Egertal, SWW Wunsiedel GmbH und die Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH mit der Umsetzung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur.

Er stellt die benötigten Mittel in Höhe von bis zu 153.580 € zur Verfügung. Der Landrat wird beauftragt entsprechende Verträge mit den Energieversorgern und den Gemeinden zu schließen.

Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt der rechtsaufsichtlichen Genehmigung des Kreishaushaltes 2019 sowie der Bewilligung der beantragten öffentlichen Förderung des Bundes/ des Freistaates Bayern.

einstimmig beschlossen Ja 10 Nein 0

Beschluss Nr. 22/öffentlich

Fairtraderegion-Fichtelgebirge - Sachstand

Berichterstatter: Zeh, Jessica

Sachverhalt:

Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge hat sich auf den Weg gemacht Fairtrade-Region Fichtelgebirge zu werden.

Dazu stellt Klimaschutzmanagerin Jessica Zeh den Sachstand in einer Präsentation dar. Ein Ausdruck der Präsentation wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft nimmt den Sachstand im Hinblick auf die Fairtrade-Region Fichtelgebirge zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

Beschluss Nr. 23/öffentlich

Bewerbungsverfahren "Modellprojekt Smart City"

Berichterstatter: Edelmann, Thomas

Sachverhalt:

- I. Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder und umfasst die gleichmäßige Entwicklung aller Teilräume. Dies bezieht sich vor allem auf die Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten. Die Digitalisierung ist inzwischen in vielen Lebensbereichen Realität geworden und bietet Gemeinden und Städten weiterhin die Möglichkeit aktiv für eine bessere Daseinsvorsorge und den regionalen Zusammenhalt einzutreten. Die Bundesregierung fördert daher die digitale Modernisierung der Kommunen durch Smart-City-Modellprojekte. Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat werden integrierte Smart-City-Strategien und deren Umsetzung mit Investitionen gefördert. Neue Technologien sind hierfür in den Dienst der Menschen zu stellen und auf Grundlage der „Smart City Charta“ der „Nationalen Dialogplattform Smart Cities“, die ein normatives Bild einer intelligenten, zukunfts-orientierten Kommune entwickelt hat, aktiv zu gestalten. Für den Landkreis und seine Kommunen bedeutet dies konkret:
 - die Digitalisierung in den Kommunen durch die Förderung von Strategieentwicklungen zu unterstützen,

- Chancen und Risiken der digitalen Transformation für eine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Stadt-/ Regionalentwicklung frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen zu vermeiden,
- Kommunen bei der Entwicklung zu Smart Cities durch die Förderung fachlicher Beratung und die Organisation eines breit angelegten Prozesses zum Kompetenzaufbau und Wissensaustausch zu unterstützen sowie
- Maßnahmen und Investitionen zur Umsetzung von Smart City-Strategien zu fördern.

II. Die Modellprojekte Smart Cities bestehen aus zwei Phasen. Einerseits die Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Digitalisierung (2 Jahre) und zum anderen die Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen (5 Jahre). Insgesamt sollen über einen Zeitraum von zehn Jahren in vier Staffeln rund 50 Modellprojekte mit ca. 750 Mio. EUR gefördert werden. Für die erste Staffel mit rund zehn Modellprojekten stehen im Bundeshaushalt 2019 ca. 150 Mio. EUR zur Verfügung. Die Modellprojekte Smart Cities sind eine befristete Förderung des Bundes in Zusammenarbeit mit der KfW und ein Schwerpunktvorhaben des BMI in der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung zur Gestaltung des digitalen Wandels. Für Landkreise mit bestätigter kommunaler Haushaltsnotlage können bis zu 90 % der förderfähigen Kosten als Zuschuss gewährt werden.

III. Für die Bewerbung ist ein Beschluss des Landkreisgremiums erforderlich, der nachfolgend formuliert ist.

KR Wolfgang Kreil fragt nach, ob für dieses Projekt Haushaltsmittel notwendig seien. Außerdem weist er auf die Problematik hin, dass es bisher noch keine Möglichkeit für eine digitale Unterschrift gebe und fragt, ob eventuell im Rahmen dieses Projektes eine Lösungsfindung hierfür vorgesehen sei.

Thomas Edelmann erklärt, dass momentan keine Haushaltsmittel für das Projekt eingeplant seien, denn selbst wenn der Landkreis eine Zusage für das Förderprojekt bekomme, wäre dies finanztechnisch erst ein Thema für 2020. Im Moment werde lediglich der Beschluss des Gremiums benötigt, um überhaupt die Möglichkeit zu eröffnen, dass der Landkreis die Förderung beantragen könne.

Landrat Dr. Karl Döhler erläutert, dass der Landkreis natürlich versuche, wenn vom Bund solche Fördermöglichkeiten für Projekte, die man ohnehin verfolge, geboten würden, Fördergelder zu bekommen. Der Fördersatz für dieses Projekt sei 90 %.

Landrat Dr. Döhler teilt mit, dass in der ersten Förderrunde die Ausarbeitung einer Strategie und erst in der zweiten Phase dann die Umsetzung von Projekten gefördert würde. Zunächst wolle sich der Landkreis bewerben, um möglichst bei den zehn ausgewählten Kommunen dabei zu sein, die in den Strategieprozess einsteigen könnten.

KR Jörg Nürnberger stellt fest, dass in der Vorlage von einer Förderhöhe von bis zu 90 % gesprochen werde. Da man aber auch den Betrag der Förderung nicht kenne, könne momentan nicht abgeschätzt werden, wie hoch dann der Eigenanteil des Landkreises sei.

Landrat Dr. Karl Döhler verweist darauf, dass das Projekt momentan lediglich beantragt werden solle, wenn man den Zuschlag erhalte, müsse der Kreisausschuss noch einmal beschließen, ob der Landkreis das Projekt auch umsetzen wolle.

KRätin Brigitte Artmann erklärt, dass der Landkreis beim Ministerium einfordern solle, dass der Datenschutz bei diesem Projekt gewährleistet sei. Außerdem müsse es auch trotz Digitalisierung parallele Strukturen geben, falls Strom oder Internet ausfielen.

Thomas Edelmann weist darauf hin, dass der Punkt „Chancen und Risiken der digitalen Transformation“ sich genau auf diese von KRätin Artmann angesprochene Thematik beziehe.

Es solle einen Prozess geben, in dem die für die Digitalisierung aufgegriffenen Punkte aus der Bevölkerung heraus entwickelt werden. Erst wenn man wisse, welche Maßnahmen in die Umsetzungsphase gelangen sollten, werde man die Kosten für die Maßnahmen beziffern können.

Dann müsse entschieden werden, ob diese auch von politischer Seite getragen werden.

Thomas Edelmann betont, dass man momentan am Anfang eines Prozesses stünde, dem sich spätestens der nächste Kreistag ohnehin stellen müsse, beispielsweise einem über App gesteuerten ÖPNV oder der Telemedizin.

KR Heinz Martini erklärt, wenn sich der Landkreis jetzt nicht um dieses Förderprojekt bewerbe, dann sei die Chance vertan, dabei zu sein. Die Bewerbung für das Förderprogramm sollte deshalb auf jeden Fall erfolgen.

Landrat Dr. Karl Döhler informiert, dass es im Hinblick auf die digitale Unterschrift beispielsweise bei den Elster-Steuerformularen bereits eine Lösung gebe. Im Landratsamt liefe auch bereits einiges in Sachen e-Government, demnächst solle auch die digitale Zulassung kommen.

KR Jörg Nürnberger fragt, wie sich die Förderhöhe bemesse und wie hoch die Kosten für das Projekt eingeschätzt würden.

Thomas Edelmann erläutert, dass sich die Förderhöhe nach der Bedürftigkeit der Kommune bemesse und man deshalb für den Landkreis von einer möglichst hohen Förderung ausgehe. Für den Strategieprozesse gehe man von einer finanziellen Größenordnung von rund 200.000 € aus.

Thomas Edelmann weist darauf hin, dass für die Umsetzung bedarfsgerechter Verkehre im ÖPNV mit Sicherheit eine App-Lösung in Betracht komme und dieses Projekt eine Möglichkeit der Finanzierung hierfür sein könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft empfiehlt dem Kreis Ausschuss die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die Bewerbung des gesamten Landkreises Wunsiedel im Fichtelgebirge als Modellprojekt Smart Cities zu befürworten. Die Bewerbung erfolgt unter der Bereitschaft zum modellhaften Lernen für und mit anderen Kommunen. Zur Entwicklung der Smart City-Strategie wird die örtliche Öffentlichkeit in Form eines partizipativen Verfahrens einbezogen, um die Themen Regionalentwicklung und Digitalisierung gemeinsam zu diskutieren und zu gestalten. Zudem verpflichtet sich der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge einen strategischen Ansatz im Sinne der Smart City Charta zu verfolgen, wonach die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend betrachtet werden. Die Bewerbung erfolgt in Kenntnis des geforderten Eigenanteils, die Mittel hierfür sind in den Haushalt einzuplanen.

einstimmig beschlossen Ja 10 Nein 0

Beschluss Nr. 24/öffentlich

Sachstand Zweckverband "Naherholungs- und Tourismusgebiet Großer Kornberg"

Berichterstatter: Edelmann, Thomas

Sachverhalt:

Herr Thomas Edelmann fasst den Sachstand zum Zweckverband „Naherholungs- und Tourismusgebiet Großer Kornberg“, die auch bei der Informationsveranstaltung am 17. Mai 2019 in Selb der Öffentlichkeit präsentiert wurden, im Rahmen einer Power-Point-Präsentation noch einmal zusammen. Ein Ausdruck dieser Präsentation wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 07.07.17 beschlossen, dass der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge die touristische Fortentwicklung des Großen Kornberges unterstützt.

In weiteren Kreistagssitzungen am 05.03.2018 und 06.07.2018 wurde dem Beitritt zum Zweckverband Naherholungs- und Tourismusgebiet Großer Kornberg und dem Beitritt zur Betriebs GmbH Großer Kornberg zugestimmt.

Der Zweckverband Naherholungs- und Tourismusgebiet Großer Kornberg hat in seiner Versammlung am 19.03.2019 den Haushalt für das Jahr 2019 mit einem Gesamtvolumen von 6,9 Millionen Euro einstimmig beschlossen, der Investitionen in Höhe von ca. 5,7 Millionen Euro vorsieht.

Im Einzelnen sind dies:

Grunderwerb/Ausgleich Naturschutz	15.000 €
Erwerb Anlagevermögen Spurgerät	118.500 €
Abbruchkosten	8.400 €
Gebäudeneubau	1.336.000 €
Bautechnische Anlagen Zauberteppich	295.500 €
Tiefbaumaßnahme - Straßenausbau	44.000 €
Wasser/Abwasser	2.004.670 €
Betriebsanlagen Hochbau Pädagogischer Bewegungspark	150.000 €
Betriebsanlagen Tiefbau MTB Basecamp	1.604.095 €
Breitband	84.000 €
Summe	5.660.165 €

Unterdessen wurde auch die naturschutzfachliche Untersuchung vom Büro Fröhlich & Sporbeck abgeschlossen.

Durch die von konfliktvermeidenden Maßnahmen sind durch das Vorhaben auf dem Großen Kornberg keine Tatbestände des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs 5 BNatSchG erfüllt, so das Fazit des Gutachtens, so dass die naturschutzrechtlichen Voraussetzungen für eine Zulassung des Vorhabens nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen

Für die einzelnen Investitionsvorhaben werden aktuell die Genehmigungsplanungen erarbeitet, die Baugenehmigungen beantragt und auch die Förderanträge gestellt.

Gegenüber dem ursprünglichem Konzept des Landkreises Hof ergeben sich nunmehr hinsichtlich der Kosten Änderung insb. aus folgenden Gründen:

- erstmalige detaillierte Entwurfsplanung
- erhebliche allgemeine Kostensteigerungen im Bau
- Einbeziehung von Vorschlägen der ZV-Mitglieder

Hinsichtlich der Finanzierung sind höhere Zuschüsse insbesondere im Bereich des MTB-Basecamps, der Gebäude, des Bewegungsparks und des Zauberteppichs zu erwarten. Für die Erschließungskosten bei Wasser und Abwasser (neuer Ansatz 2 Mio € statt 1,68) sind keine Förderungen eingeplant.

Straßenbau(mehr)kosten in Höhe von ca.150.000 € sind im Haushalt 2019 noch nicht verankert.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG

Dr. Karl Döhler
Landrat

Daniela Hirsche
Niederschriftführer/in